

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Buchdruckerei: Riesa 21202.
Glockenstraße 22.

Druckerei: Tageblatt Riesa.

Glockenstraße 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Niesa sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 138.

Donnerstag, 17. Juni 1920, abends.

23. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 4.— Wart ohne Zusatzgezahlt, vor Abholung am Postkasten monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabezeitung sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorauß zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 45 mm breite, 3 mm hohe Gründungs-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Extra 1.— Mark; zentraler und tabellarischer Text 10%, Aufschrift, Nachrichten und Vermittelungsbeiträge 30 Pf. Feste Tarife. Berechtigter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Reitkasse in Konkurs gerät. Abdruck und Erfüllungsort: Riesa. Berechtigte Unterhaltungsbeiträge „Schätzchen an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Säkunzen des Vertriebs der Drucker, der Verleger oder der Geförderten Einrichtungen — hat der Verleger einen Aufschlag auf Lieferung oder auf Rücksichtnahme der Zeitung oder auf Abzahlung des Bezugspreises. Notizenblatt und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel. Riesa für Vertrieb: Wilhelm Ditsch, Riesa.

Fleischversorgung in der Woche vom 14.—20. Juni 1920.

- Auf die Reichsfleischzulande Miete 1 erhalten auf die Marken 1—10 bez. 1—5
1. bei den Fleischern der Schlachtketten Großenhain, Radeburg und Laußnitzwalde:
Personen über 6 Jahre bis 180 gr Rind- und Kalbfleisch;
Personen unter 6 Jahre bis 90 gr Rind- und Kalbfleisch;
 2. bei den Fleischern der Schlachtstelle Niesa:
Personen über 6 Jahre bis 140 gr Rindfleisch und bis 40 gr Schweinefleisch;
Personen unter 6 Jahre bis 70 gr Rindfleisch und bis 20 gr Schweinefleisch;
 3. bei den Fleischern der Schlachtstelle Wermsdorf:
Personen über 6 Jahre bis 100 gr Schweinefleisch und bis 80 gr Rindfleisch;
Personen unter 6 Jahre bis 50 gr Schweinefleisch und bis 40 gr Rindfleisch;
 4. bei den Fleischern der Schlachtstelle Gröba:
Personen über 6 Jahre bis 100 gr Rindfleisch und bis 80 gr Schweinefleisch;
Personen unter 6 Jahre bis 50 gr Rindfleisch und bis 40 gr Schweinefleisch.

Der Preis beträgt bei:

Mindfleisch	10.25 Pf.
Kalbfleisch	10.40 Pf.
Schweinefleisch	9.10 Pf.
Blut- u. Leberwurst	6.50 Pf.

für das ausgewogene

Pfund.

Großenhain, am 15. Juni 1920.

576 e.V. Die Amtshauptmannschaft.

Butter betr.

Abchnitt 22, gültig vom 21.—27. VI., darf nur mit einem Achtel Stückchen Butter beliefert werden.

Großenhain, am 16. Juni 1920.

183 h 17. Der Kommunalverbund.

Sprechzunden des Schulleiters in der Bildungsstufe und in der Fortbildungsschule.

Der Schulleiter, Herr Schuldirektor Danckwerts, ist in allen Schulangelegenheiten während des Sommerhalbjahres an den Unterrichtstagen von 8 bis 9 Uhr vormittags,

Vertisches und Sächsisches.

Niesa, den 17. Juni 1920.

— Wichtig für Haushalte. Es dürfte nun Anterthe sein, dass nachstehende amtliche Einsichten über das jetzt zur Verteilung kommende amerikanische Schweinefleisch nichts zu versprechen. Es lautet: „Nach vorliegenden Unternehmensberichten stellt die eingangs erwähnte Probe ein reines Schweinefleisch dar, das nicht zu beanstanden ist. Wird das Fett geschwärzt und nachher erfasst gelassen, so verliert es die gesetzliche Form vollständig und wird beim Inbrennen unbrauchbar noch sein.“ Es liegt somit in der Hand der Haushalte, durch Verlassen des Fleisches diesem das gleichmäßige Aussehen und die seide Form zu verleihen. — Fahrradabfallbegriff. Am 15. d. J. vermittelnd 10 Uhr in vor der hiesigen Friedenskirche ein herrenfahrrad gehalten worden. Das Rad (Marke „Diamant“, Nr. 125 000), bei Baumwiderstellung schwarzen Rahmenbau, verlackte Räder und Teilvergoldung. Der Geschäftsbetrieb zahlt für Fahrraderhaltung des Rades eine Belohnung von 50 Pf. Endlichliche Wahrnehmungen sind der hiesigen Polizeiwerke zu melden.

— Der Kaufkünstler Engstroem verabschiedet am Dienstag im Stern-Saal ein zahlreich erschienenes Publikum. Die Ankündigungen versprachen dem Neuer zunächst mehr als das, was tatsächlich geboten wurde, denn den Darbietungen zufolge kann seine Meide davon sein, „dass kein Kaufkünstler das größte Europa und er der beste in jedem Fach sei“. Denn nicht eine der vielen Kunstmäen darf Anspruch auf Kunstheit machen. Sie sind längst Gemeingut eines guten Kaufkünstlers. Da überaus aber entlastete er sich unter Anhören seiner Gattin getrennt dem Motto: „Ehrwürdigkeit ist keine Hegelei“ mit Leidenschaft und Sicherheit der Aufgaben, die beim künftigen Staaten hervorruhen.

— Meisterprüfungen. Am 11. und 14. Juni 1920 hielt die Meisterprüfungskommission für das Schmiedehandwerk, für das Wässer- und Stellmacherhandwerk, für das Sattler- und Tapeziererhandwerk, für das Schlosserhandwerk und für das Schneiderhandwerk im hiesigen Rathause Meisterprüfungen ab. Der Prüfung unterzogen sich die Wässer Schroeder in Döbeln und Sache in Geithain, der Schmiede Müller in Niesa, der Tapezierer Friedrich in Niesa, die Sattler Albert Brochwitz und Willy Brochwitz in Sangerhausen, die Schlosser Schuster in Dommitzsch, Claus in Großenhain, Dombroski in Niesa, die Schneidermeister Jrl. Böhler in Röderau, Jrl. Buchholz in Gröba, Jrl. Weber in Niesa, Frau Kaiser in Niesa und die Schneider Bitterfeld in Großenhain, Kubitsch in Raukenthal, Höhriß in Stauda und Wittenberg in Weißenfels. Alle Prüflinge haben die Meisterprüfung bestanden.

— Der Steuerabzug vom Arbeitslohn. Jeder Arbeitgeber hat bei jeder Zahlung von Arbeitslohn, worunter nicht nur Barlohn, sondern auch Natural- und sonstige Sachbezüge fallen, 10 vom Hundert des Arbeitslohns und zwar des Barlohns einzubehalten. Tressen Barlohn- und Natural- oder sonstige Bezüge zusammen und übersteigt der Wert dieser Bezüge den Barlohn, so befrünt sich der Abzug auf 20 vom Hundert des Barlohns. Werden also monatlich 80 Mark in bar gezahlt und 300 Mark nach den vom Sicherheitsamt festgesetzten Ortspreisen für Wohnung und Versorgung gerechnet, so fällt das nur 16 Mark (20 vom Hundert des Barlohns) abzuziehen. Die Verpflichtung des Arbeitgebers zum Abzug besteht für jede vom 1. Juni 1920 ab stattfindende Lohnzahlung. Dies gilt auch für den vor dem 1. Juni verdienten Lohn, sofern die Zahlung erst am 25. Juni oder später erfolgt. Ausrechnungen des vor und nach dem 1. Juni verdienten Lohnes finden also nicht statt. Für diejenigen, deren Lohn erst am 1. Juni oder später ausgezahlt wird, entsteht dadurch gegenüber denjenigen, die den Lohn schon vor dem 1. Juni erlangten,

sonst Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags 2 bis 3 Uhr nachmittags in der Karolschule zu sprechen.

Der Rat der Stadt Niesa.

Ms.

Milchmarkenausgabe.

Die Ausgabe der Vollmilchmarken auf die Zeit vom 21. Juni bis 18. Juli 1920 findet Kreis, den 18. Juni 1920, nachm. 2—4 Uhr in den bekannten Ausgabestellen im Rathaus statt.

Bei verspäteter Abholung der Marken ist eine Gebühr von 50 Pf. für besondere Abserzung zu entrichten.

Der Rat der Stadt Niesa, am 17. Juni 1920.

Ms.

Reichseinkommen-Steuerfarten

kennen die in Gröba wohnhaften, in Frage kommenden Beitragspflichtigen von heute an in unserer Steuerkasse, Erdgeldkasse, Zimmer Nr. 5, von 1/8—12 und 2—5 Uhr entnehmen. Verbindlich undefinierbare Untergestelle haben einen Ausweis vorzulegen.

Gröba (Ebel), am 16. Juni 1920.

Der Gemeindevorstand.

Die Lieferung des Bedarfs an Fleisch- und Wurstwaren für die Gemeinde Niesa mit Tr. Nr. 1000 ab 1. Juli 1920 soll Donnerstag, am 24. Juni 1920, 9 Uhr vorm. in unserem Geschäftszimmer, wobei auch die Bedingungen zur Einlieferung vorliegen sollten, öffentlich verkündigen werden. Angebote sind bis zum Beginn des Termins verschlossen und versiegelt mit der Aufschrift „Angebot auf Fleischlieferung“ einzureichen.

Reichsvertragsgesamt Niesa.

Milchmarkenausgabe in Gröba.

Freitag, den 18. Juni 1920 werden im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, nachmittags von 4—5 Uhr die Milch- sowie Griechenmarken ausgegeben.

Gröba (Ebel), am 16. Juni 1920.

Der Gemeindevorstand.

Verspäteten-Ausgabe Sonnabend, den 19. Juni 1920, 5—7 Uhr nachmittags bei den Ausgabestellen.

Weida bei Niesa, am 17. Juni 1920.

Der Gemeindevorstand.

Wiederholung der Milchmarkenausgabe am 18. Juni 1920, abends 8 Uhr öffentliche Gemeinderatssitzung im Rathaus.

Weida bei Niesa, am 17. Juni 1920.

Der Gemeindevorstand.

Den Übersicht können Sie frei verfügen. Die Zukunft der Fleischversorgung ist noch unklar. In der Frage der Zwangswirtschaft und Sachsen und Sachsenberg ist die Zwangswirtschaft, während Sachsen, Sachsenberg, Sachsen und auch die Hansestädte für freie Wirtschaft eintreten; Preußen und Bayern schwanken.

— Verbandsstag der sächsischen Fleischermeister. Unter Beteiligung von etwa 600 Fleischermeistern aus ganz Sachsen fand am Dienstag in Bautzen der 48. Verbandsstag des Bezirkvereins Sachsen des Deutschen Fleischerverbandes statt. Bei den üblichen Bezeichnungen der Fleischermeister wurde der Oberbürgermeister Niedner den Wunsch Ausdruck, bei Anstrengung zur Aufhebung der Anfangsbeschränkung des Wohl der Allgemeinheit im Auge zu haben, wobei Überregierungsrat Dr. Scheldt bekannt gab, er habe im Zusammenwirken mit den Fleischermeistern stets den Willen des Verbands für das Gemeinwohl gefunden. Der Vorsitzende vertrat den Jahresbericht, nach dem die Mitgliederzahl um 200 auf 4679 gestiegen sei. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Beratung über die Lage im Fleischergewerbe. Nach langer Ausprache gelangte einstimmig eine Entschließung zur Annahme, in der nachdrücklich Stellung gegen die Fortsetzung der Zwangswirtschaft genommen wird. Es wurde verlangt, dass der Beginn des Abbaus vom 15. August ab einzulegen habe, ferner, dass der Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums zur Regulierung der Fleischversorgung verworfen und die Erwartung ausprobiert wird, dass er nie wieder Rechtskraft erlangt. Ein vom Deutschen Fleischerverband vorgelegter Tarif für ganz Sachsen wurde abgelehnt, jedoch den einzelnen Anträgen anhänger gegeben. Verträge mit den Gesellen abzuschließen. Ferner wurde der Beitritt zum Landesausschuss des Sachsenischen Handwerks beschlossen und bei den Wahlen u. a. der Vorstehende Obermeister Dreher-Dreißel wieder gewählt.

— Über hohe Ratschenvpreise wird im Publikum und in der Presse lebhaft geflamm, und es wird die Vermutung ausgetragen, dass die Ursache der hohen Kleinhändlerpreise in zu hohen Ratschenvpreisen zu suchen sei. Diese Annahme ist, wie das Sachsenische Landesamt an der Hand der von den Kaufmannsverbänden eingeführten Pachtverträge festgestellt hat, ins allgemeinen zutreffend. Eine recht erhebliche Zahl von Pachtverträgen ist meist gegenüber den Vorjahren und insbesondere gegenüber dem letzten Jahr Preiserhöhungen auf, die jedenfalls als übermäßig bezeichnet werden. Die sich hieraus ergebenden hohen Kleinhändlerpreise veranlassen dann in der Regel auch solche Pächter, die eine verhältnismäßig niedrige Ratschenvnahme zu entrichten haben, ihre Handelspreise den übrigen anzugleichen, was also übermäßig hoch anzusehen. Da im Kleinhändlerbereich die Ratschenvpreise nicht mehr beliebt, so führt es den Behörden an gezeigten Ratschenv, ohne nähere Nachprüfung gegen die übermäßigten Preise im Kleinhandel einzudringen. Das darf aber nicht dazu führen, dass dem Ratschenvucher freier Raum gelassen wird. Das Ratschenvamt hat vielmehr die Kaufmannsverbände angewiesen, die wucherhaften Pachtverträge, insbesondere solche, bei denen der diesjährige Pachtvertrag zu dem des Vorjahrs in einem außäsenden Ratschenvrecht steht, auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 3. März d. J. sofort für ungültig zu erklären. Strafrechtliches Vorgehen gegen solche Pächter und Verpächter bleibt außerdem vorbehalten. Im weiteren wird auch im Kleinhandel umgehend eine Nachprüfung vorgenommen werden, um eine Herabsetzung der zweitlos ungerechtfertig hohen Ratschenvpreise zu bewirken. Das Publikum selbst kann mitstellen, dass die hohen Preise vom Ratschenvmarkt verschwinden, indem es sich bei seinen Einkäufen einige Ratschenv abzulehnen.

— Sperrlinge von den Ratschenväumen zu verschaffen. Ein einfaches und vorzügliches, doch ein wenig teures Mittel, Ratschenväume, Weinbalz zu über-

gegen die räuberischen Spuren zu schützen, ist die Stiedel. Man schreibt die Zwischen in der Mitte durch um bestätigt die Hälfte hier uns da im Geist. Die Sögel haben einen solchen Abschluß vor dem scharfen Zwischenstechen, daß sie die betreffenden Böume nicht mehr herauszusuchen pflegen.

* Gröba. Zur Bekämpfung der Schundliteratur hat das bielesche Lehrerseminar im Sommer Nr. 4 der Zentralstelle eine Bücherausstellung veranstaltet. Neben den verschiedenen Arten der für die Charakter- und Gemütsbildung der Jugend schädlichen und verwerflichen Schundbücher bietet die Ausstellung in anschaulicher und übersichtlicher Gruppierung gute und billige Jugendliteratur. Bücher für die kleinen, Leistung über Erziehungswesen für das vorgelebte Alter und andere gute und wertvolle Bücher. Über jeder Gruppe sind an der Wand dem jugendlichen Alter entsprechende Bilder zur Anregung des Kunstsinnes eingesetzt. Der Besuch der durch Blumen und Blattplatten geschmackvoll ausgestalteten Ausstellung, die bis Dienstag, den 22. d. M. abends 7 Uhr geöffnet ist, kann allen Jugendlichen, Eltern und Pflegebedürftigen ihres hohen und erzieherischen Wertes wegen nur angelehnlich empfohlen werden.

* Gröba. In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Schulvorstandes wurde die Einstellung der Schulpflichtkandidaten Herren Ebeling als Lehrervertreter und May als Hilfslehrer beschlossen. Auf die ausgeschriebene neue ständige Lehrerstelle mit Sprachkenntnissen haben sich drei Bewerber gemeldet. Da diese teils den Anforderungen nicht genügten, teils ihre Bewerbung zurückgewiesen haben, mußte erneute Ausschreibung erfolgen. Die Kündigungsgeschichte des Herren Organist Möbius und Hilfslehrer Burg zum 1. Juli d. J. werden genehmigt, desgleichen das Geschäft des Hilfslehrers Herrn Heiner um Erhöhung der Plichtstunden zur Vorbereitung auf seine Wahlprüfung. Zur Teilnahme an einem Vergleich für die Weiterbildung von Hörschulabschülern wird Herr Lehre Henn ein vierwöchentlicher Urlaub, sowie aus der Schulkasse eine Beihilfe von 250 M. bedingungsweise bewilligt. Der "Freien Turnerkraft" wird auf Ansuchen die Schulturnhalle zur Erteilung von Dammenturnen für Mittwochs abends von 7-8 Uhr verfügsweise überlassen, desgleichen der Junglehrerschaft von Riesa und Umgegend der Gemeinderatsbildungsaal aller 14 Tage nachmittags von 15-17 Uhr zur Abhaltung von Fortbildungskursen, soweit der Raum durch Ausschreibungen nicht anderweit in Anspruch genommen wird. Die durchgehende Schulzeit soll bis Weihnachten beibehalten und dann im Einvernehmen mit den Elternschaft und nach Gutachten des Schularztes über die weitere Durchführung erneut Besluß gefaßt werden. Hierbei kommt der Bum zum Ausdruck, den Schulbeginn der jüngeren Jahrgänge auf eine spätere Tageszeit zu verschieben. Die Regelung für die Erteilung des Fortbildungsschulunterrichtes wird dem Lehrerseminar überlassen. Die Kosten der durch die Firma von Satine & Ritterhaus, Dresden, ausgeführten Reparaturarbeiten des Kreises für die Feuerungsanlage in der Schule haben sich von 18000 M. des Vorjahrs auf 42000 M. erhöht. Der Firma wird eine dritte Abschlagszahlung von 12000 M. bewilligt. Auf die ausgeschriebene Organistenstelle sind acht und auf die Sprachlehrerstelle zwei Bewerbungsstücke eingegangen. Zur Vergrößerung des Schulhauses hat der Bauausschuß einen Kaufvertrag mit der Rittergutsverwaltung für ein angrenzendes 1447 qm umfassendes Grundstück zum Preise von 10888,29 M. abgeschlossen, wozu Zustimmungerteilt wird.

* Dresden bei Großenhain. Am Mittwoch, den 16. d. M. 8.30 Uhr abends ist einem Dienstmädchen des Hofstallmeisters Böttger am Bahnhof Weißig bei Großenhain ein Damenschrank, Marke Wöhni, Nummer 176380, schwarzer Rahmenbau, alte Holzfächer, am Hinterrad roter, am Bodenrand grauer Drahtmantel, nach vorne gebogene Lenkstange, schwere Räder, im Werte von 1200 M. entstohlen worden. Im Verdacht des Diebstahls steht ein 20 bis 23 Jahre alter Mann, 1,70 Mtr. groß, mit schwarzem Haar, bekleidet mit blauer Schiffermütze, grünem Jackett und schwarzer Hose. Auf die Wiedererlangung des Stades ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt. Einige Wahrnehmungen wolle man der Polizei melden.

* Dresden. Im Plauenschen Grund hat ein bei seinen Eltern wohnhafter Arbeiter, 20 Jahre alt, Selbstmord begangen, indem er eine Handgranate direkt am Kopf zur Entzündung brachte. Er wurde gräßlich verstimmt aufgefunden.

* Bautzen. Eine recht unangenehme Bedeutung ist beim Aktionsauschuß im nahen Hoyerswerda aufgetreten. In den Tagen der Volksaufstände boten einige Mitglieder des Auschusses die Anfammlung und Ausfahrt eines Sonderzuges nach Drebau gefordert und durchgesetzt, der gegen 1000 Arbeiter befördert war, die in Gottsbüro die Republik und die sozialistische Regierung demonstrierten sollten. Jetzt hat der Parteisekretär Rabina vom Bezirkssamt Torgau eine Rechnung zugestellt bekommen, für deren Bezahlung er in Gemeinschaft mit dem Lehrer John baldigst Sorge tragen soll. Die überstandene Rechnung beläuft sich, da 45 Km. Fahrt in Frage kommen, auf: 824 M. für die Moldau 3996 M. für 37 Achsen Personenwagen und 108 M. für einen 8 achsigen Packwagen, insgesamt 4428 M.

* Bautzen. Das Ende der sogenannten Bauhner-Schließleiche, die dem Bauplatz dasselbe ist wie dem Dresdner die Vogelwiese und die in weiten Teilen der Oberlausitz eine historische Bedeutung erlangt hatte, ist jetzt gekommen. Nachdem dieses große Bauplatz-Bürgerschicks in jüngster Zeit wieder ausstellen mußte, beschlossen jetzt die städtischen Kollegen auf Anregung des Verbandes der Deutschen Kleingerwerbetreibenden, als vereidelter Ertrag für diese durch Ueberlieferung seit mit der Lausitzer Vogelwiese verwurzelte Volksveranstaltung im August ein niedertägliches Volksfest auf dem Schlossplatz abzuhalten. Es machen sich bereits deutliche Prozesse dieser Art, welche die alte Schließleiche der Stadt erhalten wollen, da sie in ihr ein Stück altsächsisches Volkstum seien.

* Kamenz. Ein politischer Schülerstreit war im benachbarten Niederschlesien ausgebrochen. Weil die Eltern mit der politischen Orientierung eines Kindes nicht einverstanden sind (es soll sich öffentlich als Kommunist bekannt haben) und ihn infolgedessen als Erzieher ihrer Kinder für ungeeignet befinden, hielten sie die Kinder vom Besuch der Unterrichtsstunden dieses Lehrers zurück. Nach einigen Tagen wurde der Streit beigelegt.

* Schönau. In der Nacht zum Sonntag waren am Bahnhofsneubau mehrere Arbeiterverbünden unter gewaltiger Detonation in Brand geraten. Die polizeilichen Ermittlungen dürften ergeben, wie der Brand entstanden und ob es sich um Vernichtung von Sprengmaterial gehandelt hat.

* Freiberg. Aufgrund der Wohnungsnöte hatte das Wohnungsfürsorgeamt den Ausbau der 4. Bürgerschule zu Wohnungen vorschlagen. Das Kultusministerium hat jedoch diesen Ausbau nicht genehmigt, und zwar aus ideologischen Gründen. Der Rat verzögert in seiner letzten Sitzung, hiergegen Beschwerde beim Gesamtministerium zu erheben.

* Chemnitz. Benzinschleifer sind hier von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Es handelt sich um einen 39 Jahre alten Vertreter aus Nefanz und einen 34 Jahre alten Angestellten aus Frankfurt a. M., die sich mit einem in Siegmar wohnhaften Fahrradschleifer und einem Automobil aus Dresden, der inzwischen dort ebenfalls fest-

genommen wurde, an einer großen Benzinsortenabfuhr beteiligt hatten. Es wurden hier 14000 Flaschen reines Benzin, 14000 Flaschen Schwerbenzin und in einer Feuerbude in Siegmar 2500 Flaschen Betriebsstoff beschlagnahmt. Der Wert des übergestellten Betriebsstoffes beträgt etwa dreihunderttausend Mark.

* Borsdorf. In einer Schlucht am Lichtenstein wurde ein männlicher Leichnam gefunden. Der Unfallanzeige ist etwa 30 Jahre alt; man nimmt an, daß er Selbstmord begangen hat.

* Lückau. Der Personenzug der Niederschlesischen Eisenbahn ist auf der Station Schlebusch der Strecke Lübben-Wierschau entgleist. Der Führer des Zuges, Albrechtburg, fand den Tod; mehrere Passagiere wurden ebenfalls schwer verletzt. Bisher ist die Strecke noch nicht freigeschafft.

* Plauen. Die Modelle seiner Witwe verlaufen wollten am heiligen Tag ein reicher Schwund, der bei einer Direktorin einsetzte. Erst später gelang es noch im letzten Augenblick, das Vorhaben des lauberen Vogelschweins zu verhindern. Der Betreuer mischte sich unter dem Namen "Mar Möhrchen" aus Mainz ein und gab an, die Vertretung von Motorräder zu betreiben. Nach wenigen Tagen kam er in einer Tageszeitung eine hübsche Wohnungseinrichtung zum Kauf an. Ein Plauener Einwohner sah den Schwund der geeignete Bewerber, und nach längeren Handeln wurde das Geschäft für 18000 Mark abgeschlossen. Als nun der Möbelwagen vorfuhr, um die Verladung der Gesamtstücke vorzunehmen, kam auf plötzliche Weise ein Aufwaltmeister der Direktorin dazu, die nunmehr sofort bei im Geschäft sich befindlichen Wohnungsinhaberin Mitteilung machte, so daß das bereits in Angriff genommene Auszählen der Wohnung noch verhindert werden konnte. Der Täter hat noch rechtzeitig unter Mitnahme von Kurzumsätzen von 3100 Mark die Flucht ergriffen.

* Leipzig. Die Stadtverordneten nahmen mit 35 gegen 29 Stimmen folgenden Antrag der Unabhängigen an: Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu erüthern, den Stadtvorordneten halbjährig eine Vorlage zu unterbreiten über die Gründung eines Ortschusses nach den Richtlinien des Ministeriums vom 8. Mai 1920. Die Vorlage muß sich auf die Bildung eines Vertretungsausschusses nach Punkt 5 der ministeriellen Richtlinien erstrecken.

* Seifersdorf (Schleiz). Ein Großfeuer hat hier Montags früh gewütet. Das Wohnhaus des Wirtschaftsbesitzers Krause ist vollständig niedergebrannt. Die hochjährige Mutter des Besitzers konnte nicht mehr rettbar werden und kam in den Flammen um.

Richtmäßiger Bericht über die öffentliche Gemeinderatsbildung in Gröba

(Zentralschule) am 14. Juni 1920.

Anwesende: Herr Gemeindevorstand Hans als Vorsitzender, Herren Gemeindemitgliedern Müller und Schmidt und 15 Gemeinderatsmitglieder. Entschuldigt fehlten die Herren Krauspe, Matthäus, Möhns, Münnich, Lämmler. Der Sitzung wohnte ferner Herr Ortsbaumeister Langer bei.

1. (Berichterstatter Herr Enmann.) Seit der am 1. April d. J. erfolgten 50%igen Erhöhung des Wasserzinses haben sich die Betriebs- und Bevölkerungskosten des Wasserwerkes wieder ganz erheblich gezeigt, sodass durch die bisherigen Sätze von 55-60 Pf. (die nach der Menge des Wasserverbrauchs) ein Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben nicht mehr erfolgt, sondern es kam ein Rehbitrag von im Ganzen 36000 M. für das Jahr ergeben würde. Nach einer vom Wasserwerksausschuß aufgestellten Berechnung würde der Wasserzins an erhöhen sein:

bei bis 100 M. Wertsatz von 9.- auf 15.- M.
200 " " 18.- 30.-
300 " " 27.- 45.-
360 " " 33.- 55.-
420 " " 39.- 65.-
480 " " 45.- 75.-
600 " " 59,50 82,50
über 600 " " 15% des Wertsatzes.

Mietentenempfänger sollen ohne weiteres, Witwen und Kriegsverwitteln auf Ansuchen von der Erhöhung befreit werden. Am gleichen Maße werden sich auch die Sätze der für Industriezwecke verbrauchten Wassermengen erhöhen. Auf Antrag des Herrn Gemeindemeisters Schmidt wird die Bevölkerung hierüber auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen, weil hierbei interne Momente zu erwähnen sind.

2. (Berichterstatter Herr Gemeindemeister Günther.) Nach dem Vorschlag des Rittergutsausschusses sind noch in diesem Jahre die notwendigen Reparaturarbeiten an den Dämmen im Rittergut Bierdorf vorzunehmen. Auf Grund der vorliegenden Kostenanschläge wird das Dach des Pferdestalles dem Dachdeckermeister Geyer, Riesa, und die Dächer des Stöber- und Schweinestalls dem Dachdeckermeister Grimm, Riesa, übertragen, wogegen der Gemeinderat Genehmigung erteilt.

3. (Berichterstatter Herr Horn.) Den Gemeindebeamten, Angestellten und Arbeitern wurde Anfang d. J. eine Beschaffungsabstufe gewährt, die für Verbrauchte 750 M. Lederige über 18 Jahren 500 M., unter 18 Jahren 300 M. und für jedes Kind 150 M. betrug. Durch ihre Vertreter im Beamtenbunde wurde daraufhin der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Beihilfen auf die den Vieh- und Staatsbeamten gezahlte Säge (100 M. für Verbrauchte und Finanzausschuss) zu erhöhen und nachzuholen. Der Verwaltungsausschuss hat in mehreren Sitzungen über die Angelegenheit getagt, aber zu einer anderen Regelung nicht kommen können, weil vor allem die Grundgebühr der bietenden Gemeindebeamten nach anderen Gesichtspunkten geregelt seien, als die der Staatsbeamten. In den Verhandlungen sei es dann auch zwischen den Vertretern des Gemeinderates und des Beamtenbundes zu einer Einigung gekommen und die früher festgelegten Sätze angenommen worden. Jetzt habe nun auf eine Eingabe des Güstlichen Gemeindebeamtenbundes das Ministerium des Innern durch die Amtshauptmannschaft den Gemeinden anempfohlen, die Beschaffungsbeiträge nachzuholen, was aber vom Verwaltungsausschuss erneut abgelehnt wurde, um bei dem hohen Wasserstand des Steinbruches Unglücksfälle zu vermeiden. Herr Gemeindemeister Günther gibt bekannt, daß die Rücksichtserwägung der Gemeinde an der Böhrer Straße, die anfänglich des großen Andrangs wegen Schwierigkeiten verunreinigt, sich jetzt gut abweist. Die Nachfrage sei des niedrigen Preises wegen eine sehr große. — Von Vorfällen wird noch bekannt gegeben, daß für die ausgebildete Organistenstelle 8 Bewerber gemeldet haben. — Darauf geheime Sitzung.

4. (Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Nach dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses kommt der Gemeinderat einem Ortsgefecht zu, nach welchem die Gemeindebeamten wie vor 10 Jahren, während sich in Gräben die Gemeindebeamten fast täglich eine solche, daß sie mit den erhöhten Beihilfen in gleicher Weise rechnen würden. Die Beamten hätten bis 1. 8. nur Abstimmungen mit den von den Ausschüssen vorgeschlagenen Sätzen einverstanden erklärt, um die älteren und langwierigen Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Die Notlage der Gemeindebeamten ist tatsächlich eine solche, daß sie mit den erhöhten Beihilfen in gleicher Weise rechnen müssten, wie die Staatsbeamten. Herr Gartenschläger meint, daß bezüglich Steuern die Verhältnisse ganz anders liegen, wie beispielsweise. Dort habe man noch die gleiche Zahl Gemeindebeamten wie vor 10 Jahren, während sich in Gräben die Zahl mehr als verdoppelt habe und sich eine Gräbung darum viel mehr häufig machen. Herr Dannen beantragt nochmalige Verlängerung zur weiteren Ablösung. Herr Denzel beschreibt im Hinblick auf das kommende Bevölkerungsjahr die Gemeindebeamten. Das Kollegium beschließt hierauf mit Mehrheit, die endgültige Bezeichnung auf eine spätere Sitzung zu vertagen.

5. (Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Nach dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses kommt der Gemeinderat einem Ortsgefecht zu, nach welchem die Gemeindebeamten und Angestellten die erhöhten Beiträge auch anfordern. Die Beamten hätten bis 1. 8. nur Abstimmungen mit den von den Ausschüssen vorgeschlagenen Sätzen einverstanden erklärt, um die älteren und langwirigen Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Die Notlage der Gemeindebeamten ist tatsächlich eine solche, daß sie mit den erhöhten Beihilfen in gleicher Weise rechnen müssten, wie die Staatsbeamten. Herr Gartenschläger meint, daß bezüglich Steuern die Verhältnisse ganz anders liegen, wie beispielsweise. Dort habe man noch die gleiche Zahl Gemeindebeamten wie vor 10 Jahren, während sich in Gräben die Zahl mehr als verdoppelt habe und sich eine Gräbung darum viel mehr häufig machen. Herr Dannen beantragt nochmalige Verlängerung zur weiteren Ablösung. Herr Denzel beschreibt im Hinblick auf das kommende Bevölkerungsjahr die Gemeindebeamten. Das Kollegium beschließt hierauf mit Mehrheit, die endgültige Bezeichnung auf eine spätere Sitzung zu vertagen.

6. (Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Nach dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses kommt der Gemeinderat einem Ortsgefecht zu, nach welchem die Gemeindebeamten und Angestellten von der Versicherungssellschaft der Angestelltenversicherung befreit sind, da diese mit dem 25. Lebensjahr als feststellbare Gemeindebeamte übernommen und Rücksichten nur in besonderen Fällen erfolgen.

7. (Berichterstatter Herr Gartenschläger.) Auf Ansuchen hat der Verwaltungsausschuss beschlossen, dem Freihandelsteufel Herrn Röhler, die Entschädigungsabgabe für den Verkauf von Fleisch und sonstigen Arbeiten auf der Freihandlung zu erhöhen. Die Sätze betragen für 1 Kind seither 5,- M., bisher 8,- M. und noch dem neuen Vorschlag 15,- M., für 1 Schwein früher 8,- M., bisher 5,- M. und nach dem neuen Vorschlag 7,- M., für 1 Schwein früher 1,50 M., bisher 0,50 M. und nach dem neuen Vorschlag 0,10 M. pro Kg. Der Gemeinderat hält die Erhöhung für angemessen und erteilt seine Zustimmung.

8. (Berichterstatter Herr Gemeindemeister Schmidt.) Der Kirchenvorstand war erluft worden, den Gotteshäuser in die Verwaltung und Unterhaltung der politischen Gemeinde abzutreten, um den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Vom Kirchenvorstand und von der vorgesetzten Kirchen-Inspektion war das Entschluß abgelehnt worden. Der Verwaltungsausschuss hat zur Feststellung von veränderten Friedhofsbedingungen für die Verblaufung von Einwohnern, die aus der Kirche austreten, neuverordnet mit dem Kirchenvorstand weitere Verhandlungen eingeflochten, deren Ergebnis bekannt gegeben und angenommen wurde. Darauf haben von jetzt ab für die genannten Personen die Anmeldungen für die Beerdigungen beim Totenbettmeister zu erfolgen. Reden am Grabe können mit Einverständnis des Pfarrers gehalten werden, müssen aber allen politischen und religiösen Einschlüssen entsprechen.

9. (Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Hans.) Nach einem Besluß der letzten öffentlichen Sitzung sollten die von der Amtshauptmannschaft für Gröba festgesetzten ortsbürtlichen Zuwendungen durch Verhandlungen mit den Ortsräten verhöht werden. Die Verhandlungen haben stattgefunden und die Sätze sind wie folgt festgelegt worden:

männliche weibliche

60 Jahre 10,50 M. 7,50 M.

von 16-21 7,50 5,50

unter 16 4,25 3,75

Kinder unter 14 2,00 2,00

10. (Berichterstatter Herr Gemeindemeister Günther.) Die Sicherstellung der Kartoffelversorgung aus der Ernte 1920 hat noch einer Verordnung der Amtshauptmannschaft durch Verträge mit landwirtschaftlichen Gewerken zu erfolgen. Wer Anspruch auf Versorgung erheben wollte, hatte diesen unter Hinterlegung einer Anzahlung von 15,- M. für den Buntner (in 3 Raten) spätestens bis 15. Juni im Gemeindeamt anzumelden, und ist nur Liefernahme der bestimmten Menge verpflichtet, andererfalls die Anzahlung zu Gunsten der Gemeinde verfällt. Der Preis der Kartoffeln ist auf 35,- M. berechnet. Die Anzahlung muss erfolgen, um die Menge zu bewahren. Eine amtliche Bekanntmachung ist in den Blättern erfolgt. Die Maßnahme soll dem Abbau der Kartoffelzuchtwirtschaft dienen. Frau Berger erklärt, daß die Betriebsaufnahme in der Einwohnerzahl Beunruhigung und Entrüstung hervorgerufen habe, besonders des hohen Preises wegen, 35,- M. für einen Buntner Kartoffeln zu zahlen seien Minderbemittelte gar nicht in der Lage. Die Gefahren einer solchen Preisförderung seien sehr groß und die Folgen unabschätzbar. Herr Führer betont, daß die Sicherheit für die Erhaltung des Wirtschaftsausbaus zu gewährleisten sei.

11. (Berichterstatter Herr Gemeindemeister Günther.) Nach dem Vorschlag des Rittergutsausschusses sind noch in diesem Jahre die notwendigen Reparaturarbeiten an den Dämmen im Rittergut Bierdorf vorzunehmen. Auf Grund der vorliegenden Kostenanschläge wird das Dach des Pferdestalles dem Dachdeckermeister Geyer, Riesa, und die Dächer des Stöber- und Schweinestalls dem Dachdeckermeister Grimm, Riesa, übertragen, wogegen der Gemeinderat Genehmigung erteilt. Die Kostenanschläge werden von einer Einladung des Lehrerseminars zu einem Elternabend in der Turnhalle, in welchem Vorträge über Schundliteratur, Missions- und Elternarbeit dargeboten werden; ferner daß die bisherige Gemeindebeamten, Herr Gartner, wegen Übernahme einer anderen Berufstätigkeit sein Amt niedergelegt habe und die Gehaltsrate vom Berufsvorstand, Herrn Gemeindemeister Schmidt, mit übernommen werden sind. Auf Herrn Dannen Anregung hin soll die Rittergutsverwaltung veranlaßt werden, das an den Steinbruch grenzende Ureuthstück abzurücken, um bei dem hohen Wasserstand des Steinbruches Unglücksfälle zu vermeiden. Herr Gemeindemeister Günther gibt bekannt, daß die Rücksichtserwägung der Gemeinde an der Böhrer Straße, die anfänglich des großen Andrangs wegen Schwierigkeiten verunreinigt, sich jetzt gut abweist. Die Nachfrage sei des niedrigen Preises wegen eine sehr große. — Vom Vorfallen wird noch bekannt gegeben, daß für die ausgebildete Organistenstelle 8 Bewerber gemeldet haben. — Darauf geheime S

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Apotheker Kaiser's
Medizinal-Seifen
in Original-Packung
Teer-Schwefel-Seife
u. Karbol-Teer-Seife
zu haben in Riesa bei
Herrn Kurt Beck, Bettinerstr.
Dr. Alfred Höglund, Hauptstr.
in Gröba Unter-Apotheke,
direkt durch "Empas" Riesa.

Gut getrocknete
Kamillen
Holunderblüten
Lindenblüten
Kornblumen
faust die Stadt-Apotheke.

Sensen, Sicheln,

Natur-Werkzeuge
(Malländer) empfiehlt
G. Ehmoss, Messerschmied.

Räummaschinen
Säblieräder
Automobil | Reparaturen

Schreibmasch.

Joh. Schleifer, Hauptstr. 60.

Groß-Bosien Fahrrad-
Mäntel und -Schläuche

empfehlen

Franz & Emil Müller

Maschinenhandlung

Werdorf, Fernstr. Riesa 506

Riesa, R. W. Bl. 731.

Zigaretten

für Gastwirte u. Kant.

Bellmar grosse Türken 400 M.

Adropulus "Egypter 440 "

Cavalla 440 "

Royal Stanol Engl. 430 "

Deutsche Goldmondstk. 200 "

Gerner Ball Dog Zigarette.

Langes Fasson in Goldmund-

stück für Händler u. Großmärkte

liefer promot M. Glaser.

Zeiss. Zigarettenfabrik.

Katharinestra. 17. *

Kleine Fahrpläne

(Taschenformat)

entw. Abfahrten u. Ankünfte

der Eisenbahn in Riesa.

Dampfschiff- u. Straßenbahn-

Fahrzeiten. Stück 30 Pfg.

Verkauf in der

Geschäftsstelle des Riesaer

Tageblattes, Goethestr. 52.

Spülapparate

Spülkannen-Schläuche, Unter-

lagen, Vorfallbinden, Beiß-

binden, Monatsurte u. alle

sonstigen Gummiwaren.

Anfrage erbeten. Damen-

bedien. durch meine Frau

M. Heusinger, Dresden, Um

See 37. nahe Dampfbahnhof.

Mauersteine

harte Ware, hat in größeren und kleinen Posten laufend abzugeben. Beste Angebote erbitte Paul Fröhlich, Dampf-

giele, Gartha-Wieschdahn

Zement

wagonweise laufend abzu-

geben. Öfferten um T K 5310 an das Tageblatt Riesa.

Brickettspäne

(markenfrei)

verkauft M. Günlich.

100 Str. Stroh,

Str. 10 M. verkauft

Jahru in Schanitz.

Heu faust

Siegelei Gröba.

Telefon 165.

Strohverkauf.

Einen größeren Posten gutes,

gesundes Weizen- u. Roggen-

stroh verkauft

G. Thomas, Riesa.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Herrin der Welt

Vorzugskarten abgeschlossen.

Heute zum letztenmal: „Tochter der Nacht“.

Ab Freitag, den 18., bis Montag, den 21. Juni:

6. Teil:

Die Frau mit den Milliarden.

Um süßigen Ausflug bittet die Bellherin Anna Zsch.

Metropol-Lichtspiele
Poppitz Str. 2, Galions Stadt Greifswald.
Donnerstag, den 17., bis Montag, den 21. 6.:
„In einer Nacht“
ein Drama aus dem Nachtleben.
Dazu ein originelles Beiprogramm.
Sonntag ab 2 Uhr:
Kinder- u. Familienvorstellung.

Dienstag, den 22. Juni
Hotel Höpfner

Einmaliges Ensemble-Gastspiel

der Deutschen Kammerbühne.

Dieses Unternehmen ist berufen, gegen die Darstellung minderwertiger Theaterstücke, sow. Schundliteratur vorzugehen u. wird von Behörden weitgehend gefördert.

Die Darstellung gelangt:

„Es fiel ein Reif . . . !“

Die Tragödie einer Ehe in 3 Akten, von Löwenberg.
Preise der Plätze: Spezial (num.) M. 4.50, 1. Pl. 3.50, 2. Pl. 2.50. Im Vorverkauf: Spezial M. 4., 1. Pl. 3., 2. Pl. 2. Vorverkauf bei den Herren M. Abendroth, Hauptstr. u. G. Wittig, Bettinerstr.

Einsatz 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Achtung! Das Applaudieren nach den Akten ist zu unterlassen.

Achtung! Die Vorstellung beginntpunkt 8 Uhr.

Achtung! Zu spät kommende können erst nach dem 1. Akt ihre Plätze einnehmen.

Achtung! Es wird ohne Souffleur gespielt.

Gasthof Gröba.

Sonntag, den 20. Juni

feine öffentliche Ballmusik

Anfang 4 Uhr. —

Empfehl. Bier, aufgepflanzte Weine,

Kaffee und Gebäck.

Es laden ganz ergeben ein Paul Große.

Gasthof Weissig.

Freitag, den 18. Juni, abends 7 Uhr

großes Konzert und Ball.

Achtung! Wie

schämen Sie sich tödlicher gegen Einbruch, Diebstahl u. dergl.?

Zwing und allein durch meine

Alarmanlagen

mit besonders kontruierten Sicherheitskontakten D. R. G. M. angemeldet. Besondere Vorsorge:

Die gefälschte Anlage wird nur einmal eingestellt und arbeitet dann zu jeder gewünschten Zeit präzis.

Die Sicherheitskontakte bringen sich selbsttätig in ihre

Arbeitsstellung zurück.

Ein Zeigtür der Anlage selbst durch Fachkundige ist unmöglich und führt schon den Verlust zum Alarmieren. Die Kontrolle ist vom Schlafzimmer aus möglich und schlägt vor Niederfall.

Die Anlage übertrifft in jeder Weise alle auf dem Markt befindlichen Alarm-Einrichtungen.

Elektrotechn. Werkstätten J. Arnold

Riesa, Goethestr. 65. — Fernruf 318.

Bäckerei-Gesuch.

Suche ein Bäckereigrundstück mit etwas Feld, Wiese und

Wich bei 40- bis 60000 M. Anzahlung, ferner ein Bäckereigrundstück in Stadt oder Land bei 100000 M. Anzahlung, für schnell entschlossene Käufer. In Frage kommen nur wirklich reelle Geschäfte.

R. Haferkorn, Kommissionsgeschäft,

Grana b. Elsterwerda, Fernruf. Elsterwerda 344.

Für die vielen Beweise der Teilnahme bei dem so plötzlichen Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders und Onkels, des Herrn

Friedrich Reinhold Dietrich

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseres herzlichsten Dank. Besonders wohlgetan haben uns am Grade die trostreichen Worte des Herrn Pastor Bed. und die letzten Ehrenungen, die unserer lieben Entschlafenen von Seiten des Herrn Choff und durch das Beamten- und Arbeitspersonal der Dampfzugsleitung Poppitz, sowie von der Jugend zu Poppitz erwiesen worden sind. Für alles

herzlichsten Dank.

Poppitz, den 17. 6. 1920.

Die trauernde Familie Friedrich Dietrich.

500 Mark Belohnung.

Untere auf Bahnhof Riesa ein- und ausgebenden Betriebe- u. Wdg.-Waggons werden fortgleich erbrochen und vernichtet.

In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag sind aus einer plombierten Ladung ebendaselbst 9 Tsd. Weißen (15.80 Renten) in Tüten säcken der Ge-

nossenschaft Strela

gestohlen

worden und sichern wir demnigen obige Belohnung zu, der uns die Täter namhaft macht, damit wir Anzeige erstatten können.

Mühlenswerke Oelsitz. (Tel. 603.)

ARENA CAESAR BELLi, Schlüsselplatz.

Heute große Elite-Vorstellung mit Preisver-

teilung. Hauptpreis: 20 Flaschen Bier.

Hochzeitend G. Belli.

Vereinsnachrichten

Nieder Sport-Verein e. V. Freitag, den 18. dts., 8 Uhr außerordentliche Versammlung im Felschlößchen. Aus der Tagesordnung: Neuwahl eines 2. Schriftführers, Augenabdruck, Bezeichnung mit dem Sportverein. Das Erscheinen aller aktiven Mitglieder ist notwendig. Spieldereinigung Riesa-Gröba. Freitag, 18. Uhr Versammlung (wichtig) im Restaurant "Gute Quelle". Vereinigung chem. Höherer Schüler zu Riesa. Sonnabend, 19. 6., abends 8 Uhr offizi. Versammlung. Müllers-Vereinigung Riesa u. Ums. Sonntag, 20. Juni, 9 Uhr v. Verl. i. Volksb. 1 Tr. Eröff. int'l. Mittel. ist Pflicht.

Skat-Verein Riesa u. II.

Großes

Serien-Skat=Vettspiel

Preise 1000, 750, 600, 500 M. u. w.

für Gruppe

Röderau u. Nachbarorte

Sonntag, den 20. Juni (Beginn nachm. 4 Uhr) u. folgende Tage im Café Kreischa, daran anschließend im Brauerei-Restaurant (je 30 Tische).

Stadtpark Riesa.

Freitag, den 18. Juni

Sgroßes Streich-Konzert.

Leitung: J. Simmler, Obermusikmeister.

Anfang 8 Uhr abends.

Es laden ergeben ein Otto Weser und Frau.

Aus verkauf.

Um baldigst zu räumen, verkaufe

Lebenswaren

Spieldaten

Wachstüche

Gummihofenträger

zu jed. annehmbaren Preis.

Tapeten- und Linoleum-Haus

(Inh. Erwin Schulz)

Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Verleger und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Umgangssprach: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 188.

Donnerstag, 17. Juni 1920, abends.

73. Jahrg.

Ein Amerikaner über den Friedensvertrag.

wib. New York, 11. Juni.

Der Chef der Bankfirma Kuhn u. Loeb, Herr Otto Kahn, der heute auf der "Geltic" von Europa angekommen ist, hat auf mehrfaches Einladen um eine Begegnung über seine Beobachtungen im Auslande folgende Erklärung abgegeben:

Der Weltkrieg jenes glorreichen Verlailler Friedensinstruments liegt noch auf Europa. Unbekannt um die Vogel der historischen Entwicklung von Jahrhunderten und um die Schäfte oder Untertanen der Rassen, das weite Moment, das wirtschaftliche, ignorante, Verfehlungen treffend, die Produktion, Handel und internationale Verbindungen in dem ganzen Europa östlich des Rheins vollständig aufzubauen, mit zerschredender Willkür die Karte von Europa, Afrika und Asien zu verändern, ohne eine, wenn auch strenge Gerechtigkeit durch weise Einschränkungen zu mäßigen, und nicht allzu vorsichtig in Bezug auf öffentlich bekannt gegebene Ziele und Ideale, haben die Friedensmacher an Stelle von Frieden und Verhügung, Unfrieden und Unruhigung geschaffen.

Ein beherrschendes moralisches Prestige und einen tatsächlichen Einfluss vorausgesetzt, die zu jener Zeit von Amerika und seinen Freunden hätten ausgeübt werden können, wäre es für Amerika am Friedenstisch tatsächlich gewesen, der ganzen Welt uns insbesondere keinen Waffenstillstand einen Dienst von unabschöpfbarem Wert zu leisten. Diese Gelegenheit ließ man ungenutzt.

Ein hervorragender britischer Staatsmann hat den Vertrag einen in seinen Wirkungen so verwüstend genannt, wie er noch nicht vorgekommen sei, denn er zerstört die Handels- und Verkehrswege, die die Entwicklung von Jahrhunderten zwischen den Völkern geschaufen habe, es hinterlässt in weiten Teilen Europas eine Furche von Elend und Hoffnungslosigkeit und die Lustlosigkeit für weitere unendliche Kostentümbe.

"Es liegt vorad vor", fuhr Herr Kahn fort, "aber es ist doch in weitem Sinne wahr, daß Europa im vergangenen Jahr weniger von den Wirkungen des Krieges gelitten hat, als von denen des Friedens. Ich habe zwar Deutschland nicht selbst besucht, aber in Paris den Führer der Wirtschaftskommission getroffen, welcher die deutsche Regierung durchaus zur Beratung mit den Delegierten der französischen entzweit hatte, und auch eine Anzahl von Amerikanern und Franzosen, die Deutschland fürzlich besuchten. Ich habe den Eindruck erhalten, daß von der Interessengemeinschaft nichts zu fürchten ist. Der Krieg und die Schande, die ihre Herrschaft über das deutsche Volk gebracht hat, werden ihre abschreckende Wirkung in dieser Generation nicht verlieren. Was an Gefahren vorhanden sein mag, liegt eher in der entgegengesetzten Richtung. Die Deutschen sind außerordentlich entschädigt, und die anderen Deutschen sind dazu gezwungen, daß Hoffnung und Arbeitstrieb verschwunden und die Massen auf kein anderes Leben rechnen können, als sie es seit dem Waffenstillstand geführt haben.

Es mag der Fall eintreten, daß sich Deutschland aus Besitzierung in die offenen Arme des bolschewistischen Russlands wirft. Ich glaube aber nicht, daß es so kommen wird. Ich glaube, daß die alliierten Mächte genau Weisheit, Gerechtigkeit und erstaunliche Fürsorge für ihre eigenen Interessen befreien werden, um den Friedensvertrag so anzulegen, daß die Zahl der Deutschen gerechterweise ausgewogenen Nutzen von ihm getragen werden kann. Ich glaube, daß wir zu dem Urteil gelangen, daß zu einer Zeit, wo die Welt einen dringenden Bedarf an Produktion hat, der Drang nach Arbeit und die industriellen Fähigkeiten des deutschen Volkes voll ausgenutzt werden müssen, obwohl ein großer Teil der französischen Arbeit gerechterweise denen zufallen wird, die Deutschen und in grau am geschädigt hat.

Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß Deut. Lands Industrien mit Austrag aus allen Weltteilen fließschwemmt werden, daß die Arbeiter sich von dem Einfluss der Utopien und bolschewistischen Lehren freiem machen und zur Arbeit bereit sind, und daß Deutschland, sobald eine Möglichkeit zur Erlangung der nötigen Rohstoffe offen steht und bestimmte und erträgliche Bedingungen für seine nationale Existenz festgelegt sind, eine große Arbeitsschwäche für den so dringenden Bedarf der Welt an Produkten werden wird. Wenn Beobachter stimmen dahin, daß in Deutschland keine sogenannte Erhabung gegen die Amerikaner vorhanden ist, da die Mehrheit des Volkes zu der Meinung gekommen ist, daß es der blinde und schändliche Wahnsinn ihrer eigenen Herrscher gewesen ist, welcher den Eintritt Amerikas in den Krieg unvermeidlich gemacht hat. Gegen den Präsidenten besteht allerdings eine Erbitterung, weil er beschuldigt wird, daß es ihm nicht gelungen ist, in dem von ihm unterzeichneten Friedensinstrument die Verpflichtungen aufrecht zu erhalten, an die er Amerika in den dem Waffenstillstand vorangehenden Verhandlungen gebunden hatte."

Die deutsche Heeresverminderung.

On der schriftlichen Antwort Lloyd Georges auf eine im englischen Parlament gestellte Frage über die von Deutschland zur Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen getroffenen Maßnahmen heißt es u. a.: Am 10. Juni wurde in einem deutschen Funksprach amtlich bekannt gegeben, daß bis zu diesem Tage das deutsche Heer auf 200 000 Mann vermindert worden sei. Diese Mitteilung sei noch nicht nachgeprüft. Doch liegen Angaben dafür vor, daß das deutsche Heer im letzten Monat beträchtlich vermindert worden ist. Die deutsche Regierung erteilte den Befehl zur Auslösung und Entwaffnung der amerikanischen Formationen und der Einwohnerwehren. Sie dringt aber noch immer auf die Erhaltung einer bewaffneten Gendarmerie. 28 877 Gewehre und 87 202 Maschinengewehre sind ausgeliefert worden.

Geregung im Saargebiet.

Die "Frankfurter Zeitung" meldet aus Saarbrücken: Die vom Volksbund eingestiegene Saarregierung hat Professor Oskar Rippold aus Bern zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Saarbrücken ausersehen. Die Berufung Rippolds zum Obersten Justizbeamten wird hier als Vorstoß gegen das Richtergesetz betrachtet. Die sozialistische Bewilligung könnte zur Nachprüfung und Berichtigung eines Mannes von solcher Vergangenheit sein. Falls diese Melbung zutreffend sein sollte, würde sie, wie von unterrichteter Seite bemerkt wird, ein bezeichnendes Licht auf die von der Saarregierung den sozialistischen Beamten vorbereiteten Versprechen werfen, wonach im Saargebiet nur noch die Beamten angestellt werden sollen, die im Saargebiet ihren

Gesandter Mayer lehnt den Reichskanzlerposten ab.

wib. Berlin, 17. Juni.

Aus führenden Kreisen der Deutschen Volkspartei erhält das "Berl. Tagebl." daß die Partei von Dr. Trimborn zum Eintritt in die Regierungskoalition nicht aufgefordert worden ist, wohl aber haben Versprechungen über die Regierungsbildung an sie stattgefunden. Dabei wurde Ueberzeugung darüber erzielt, daß die Deutsche Volkspartei nicht offiziell Minister in Vorstoß bringe, durch Fachminister ihres Vertracnes aber an der Regierung beteiligt sein soll. Der Adg. Seinze war daraufhin von Dr. Trimborn aufgefordert worden, die Zustimmung des Reichsministerium zu übernehmen. Er bat aber nach Aussprache mit seiner Fraktion darauf verzichten müssen. Es wird angenommen, daß sozialdemokratische Beamter, wie beispielsweise Bauer als Verkehrsminister, in der Regierung bleiben sollen, da die sozialdemokratische Fraktion solche Verteilungsmöglichkeiten als sozialdemokratische Beanteile ansiehten würde, die auf ihrem Posten verbleiben könnten. Nachmittags hatte Dr. Trimborn eine längere Versprechung mit dem Reichspräsidenten, wobei er ihm den Vorstoß machte, den deutschen Geschäftsträger in Paris und Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei Dr. Mayer-Kaufmann mit der Kabinettbildung zu beauftragen und ihn zum Reichskanzler zu ernennen. Der Reichspräsident nahm diesen Vorstoß entgegen und es erfolgte noch am Nachmittag die telegraphische Übermittlung des Auftrages an Dr. Mayer.

wib. Berlin, 17. Juni.

Die Annahme Dr. Mayers als Reichskanzler wird von den heutigen Morgenblättern im allgemeinen günstig beprochen.

Nieder die gestrigen Verhandlungen Trimborns teilen die Blätter noch mit: Die Deutsche Volkspartei, so soll erklärt werden sein, nehme an der Bildung einer neuen Kabinetts nur informell teil, als sie Wert darauf legt, daß das Reichswirtschaftsministerium mit Schirmherr Wiesfeld besetzt werde und das Reichswirtschaftsministerium einem Fachmann übertragen werde. Die Mehrheitssozialisten hätten die Bildung dieses Kabinetts, das verschiedentlich als ein solches für Spa bezeichnet wird, zugesagt, nachdem sie die Versicherung erhalten hätten, daß die sozialistischen Reichsbeamten im Dienste bleibten.

Wohnsitz haben. Die Erregung, die nach vorstehender Meldung im Saargebiet herrschen soll, ist also durchaus verständlich.

Die Verhandlungen in Ludwigshafen.

Wie die "Mainzer Volkszeitung" meldet, ist im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Ludwigshafen der sozialdemokratische Arbeitersekretär Brödiger in Mainz von den Franzosen verhaftet worden. In Wiesbaden nahmen sie bei mehreren sozialdemokratischen Persönlichkeiten Handlungen vor, deren Grund von den Franzosen gehemmt wurden. In Ludwigshafen fanden mehrere Versammlungen der bereits freigelaufenen Arbeiter statt. Es wurde eine Entschließung angenommen mit der Erklärung, daß falls die Franzosen die verhafteten Arbeiterführer bis Freitag mittag 12 Uhr nicht freigelassen haben, der Generalstreik erklärt wird.

Zeitungssperre.

Front "Pfälz. Post" hat die Rheinlandskommission das Erreichen des "Ausfeller Ans", der "Kreisheimbolander Ans", des "Pfälz. Merkur" in Grünbrücken und der "Gegenwart" in Edenkoben vom 16. d. M. ab auf 15 Tage verboten. Wegen Veröffentlichungen über die Schwarze Schmach haben die Franzosen die "Rheinische Volkszeitung" und die "Rheinische Zeitung" auf mehrere Tage verboten. Die rheinischen Zeitungen haben gegen die Zeitungssperre Protest eingelegt und verlangen das Recht der Pressefreiheit gegenüber der schwarzen Schmach.

Die neue Schleswig-Grenze.

Der Präsident der Friedenskonferenz hat vorgeben dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation die offizielle Notifikation der neuen Schleswig-Grenze übertragen.

Das Kabinett Giolitti.

In Italien ist Giolitti zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Er hat die Bildung seines Kabinetts bereits beendet.

Neugründung der italienischen Reformsozialisten.

Aus Rom wird dem "Volksanzeiger" gemeldet: Auf Anregung Bonomis haben die Reformsozialisten eine Neugründung ihrer Partei beschlossen. In allen Landesteilen sollen neue Sektionen gegründet werden, die alle gewünschten Sozialdemokraten aufnehmen, um die Stärkung des Marxismus einzudämmen. Die Neugründung soll ein wirksames Gegenstück zu den Extremsozialisten bilden.

Die Krise in Österreich.

In Beurteilung der inneren Lage Österreichs stellen die Wiener Blätter fest, daß alle Parteien in der Ansicht über eine Notwendigkeit baldiger Neuwohnen übereinstimmen. Dagegen scheint die Fortführung der Regierungsgeschäfte bis zur Auflösung der Nationalversammlung durch das bisherige Kabinett nach der Stimmung bei den Christlich-Socialen erstaunlich in Ordnung zu gehen. Deren Parteiblätter, Reichspost und Deutsches Volksblatt, zeigen sich über die Neuerungen des Staatskanzlers in der Wahlversammlung am Sonntag sehr verärgert und erklären es als ausgeschlossen, daß die provisorische Regierung mit Renné an der Spitze im Amt bleibt.

Attentat in Japan.

Heute New York wird aus Tokio gemeldet, daß auf den japanischen Ministerpräsidenten ein erfolgloser Anschlag gescheitert ist. Der Täter, ein Japaner, sei verhaftet.

Aufrechterhaltung deutsch-französischer Verträge.

Aus Paris wird gemeldet: "Journal officiel" veröffentlicht eine der deutschen Regierung am 12. Juni angehörende Nachrichten über Aufrechterhaltung gewisser Arten von im allgemeinen Interesse abgeschlossenen Verträgen gemäß Art. 209 des Friedensvertrages von Versailles. In der Bezeichnung erläutert sich die französische Regierung für Aufrechterhaltung von 1. Gesellschaftsverträgen, 2. Verträgen zu militärischen oder Handlungszwecken, 3. Verträgen, die Gewalt gegen irgendwelche Art begründen. Die französische Regierung wird ferner der deutschen Regierung eine Liste von Privatverträgen aushängen lassen, die nicht unter die obigen

Dr. Mayer lehnt ab.

wib. Berlin, 17. Juni.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, hat auf eine Aufgabe des Reichskanzlers, ob er bereit sei, das Amt des Reichskanzlers anzunehmen, unter Hinweis auf die Wichtigkeit seiner gegenwärtigen Aufgabe in Paris, die Beauftragung abgelehnt.

Die Gewerkschaften für die alte Koalition.

Das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften tritt für eine Regierung auf Grund der alten Koalition ein. Die Wirkung dieser Stellungnahme ist bereits zu verzeichnen: Die Sozialdemokraten haben ihre ursprünglich drohend ablehnende Haltung aufgegeben und erklären sich jetzt zu der Rolle des stillen Teilnehmers an der Minderheitsregierung bereit.

Faktionalisierung der Demokraten.

Die Faktionalisierung der Deutschen demokratischen Partei dauerte gestern mit einer kurzen Unterbrechung bis in die späten Abendstunden. Die Aussprache trug einen vertikalen Charakter. Die Fraktion wird nach dem "Berliner Tagebl." in Berlin verblieben bleiben, um den Gang der Dinge abzuwarten. In der Zwischenzeit wird sie die bereits in der Antwort des Senators Petersen an Dr. Trimborn angedeuteten Forderungen weiter ausarbeiten und vorbringen, um eine verfassungsmäßige ernannte Reichskanzler an die endgültige Bildung eines neuen Kabinetts herantreten wird.

Einberufung des Reichstages.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Der Präsident der Nationalversammlung beruft auf Grund der Artikel 27 und 180 der Verfassung den Reichstag zum 24. Juni 1920, nachmittags 8 Uhr ein.

Die Regierungskrise in Braunschweig.

In der braunschweigischen Landesversammlung hat auch hier die Wahl einer neuen Landesregierung wegen Beschlusshemmung des Hauses auf heute vertagt werden müssen.

Vertragssachen fallen, deren Aufrechterhaltung jedoch im allgemeinen Interesse liegt.

In Paris ist eine Vereinigung der französischen Kaufleute und Industrielle im beliebten Rheinland gebildet worden, um die französischen Interessen in Deutschland zu vertreten.

Wirtschaftsverhandlungen mit fremden Staaten.

Die "Münchner Tagblatt" meldet, daß Deutschland Ungarn 600 Millionen für Durchführung der Ölhauptsache zur Verfügung gestellt. Ein Teil davon ist bereits unterwegs. Die Ölhauptsache nach Österreich und Deutschland hat schon begonnen.

Die vor einigen Wochen in Berlin zwischen der deutschen und der finnischen Regierung eingeleiteten Verhandlungen zw. Abschluß eines neuen Wirtschaftsabkommen sind wie die "Rheinische Zeitung" erläutert, vorläufig unterbrochen worden. Von einem Abbruch der Verhandlungen könne jedoch keine Rede sein. Die finnischen Regierungsvertreter sind nach Finnland zurückgekehrt, um sich neue Instruktionen zu holen. Infolge der Zuspitzung des schwedisch-finnischen Konfliktes habe Minister Jänes den Wunsch nahegelegt, nach Hause zurückzufahren.

Nach einer Meldung des Tschechoslowakischen Preßbüros aus Prag wurde bei den gebrüderlichen Wirtschaftsverhandlungen mit den Vertretern Deutschlands zunächst die Schiffahrtsfrage besprochen. Generalfonius Borek hat die Tschechoslowakische Standpunkt hinsichtlich der einschlägigen Verhältnisse des Friedensvertrages. In der darauffolgenden Begegnung griff besonders der Vorsitzende der deutschen Delegation v. Stockhammer und aus tschechoslowakischer Seite Arier ein. Die Begegnungen hatten informativen Charakter. Sobann wurde die Redaktion der bisherigen Verhandlungsergebnisse, insbesondere in der Angelegenheit des Zollvertrages, der Handlungsergebnissen, der gegenwärtigen Rechtschilde und der Bedingungen des Verhandlungsergebnisses fortgesetzt.

Der Gesetzeswurf betr. das holländisch-deutsche Krebs- und Kohlenabkommen ist der zweiten holländischen Kammer zugestellt worden. In den Erklärungen heißt es u. a.: Auf Grund des Abkommens wird Holland einem zweifachen Kredit für Deutschland eröffnen, einen von 60 Millionen Gulden für den Ankauf von Lebensmitteln holländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs, einen zweiten von 140 Millionen Gulden für den Ankauf von Stoffen. Für beide Kredite ist der Zinsfuß auf 6 Prozent festgesetzt. Als Unterstand werden deutsche Schatzanweisungen bis zum Betrage von 200 Millionen Gulden bei der Niederländischen Bank deponiert. Die Rückzahlung des Lebensmittelkredits soll durch Verrechnung mit 25 Prozent des Preises der Kohlen erfolgen, die auf Grund des Abkommens durch Deutschland an Holland geleistet werden, mit der Voraussetzung, daß Deutschland nicht mehr als höchstens 20 Mill. Gulden jährlich abzuzahlen braucht. Der Kohlekredit muss spätestens am 31. Dezember 1921 getilgt sein. Hierbei ist nicht bestimmt, daß die Rohstoffe niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs sein müssen, sobald Deutschland auf den vorstehenden Märkten kaufen kann.

England und Russland.

(Londoner Brief) Giner Ueberlieferung gemäß soll der mächtige Papst Julius III. gesagt haben: "Sie ahnen kaum, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird." Wenn man so hört und sieht, was in der Welt vorgeht, so kann man leicht dazu kommen, diesen Ausdruck nicht vorad vor zu finden. Es hat eine Welt gegeben, da jeder Engländer beim Hören des Wortes "Sowjet" lächelt. Nun, das bekannte englische Blatt, drohte noch vor Kurzer Zeit eine Zeichnung, die eine traurige englische Bulldogge zeigte, die einen erschrocken, bayerischen, aufgehängten "russischen" Wolf zur Flucht zwang. Und es vergingen nur wenige Monate, da ist ein Vertreter der Sowjetrepublik in London und verbündet über "wirtschaftliche" Beziehungen zwischen Russland und England.

Warum England sich auf einmal dazu entschloß, Verhandlungen mit Russland einzuleiten, ist zu offenbaren, als daß es hier weiter erörtert zu werden brauchte. Erstaunlich ist nur die fast naive Offenherzigkeit der englischen Regierung in dieser Beziehung. Wohl werden angebliche Gründe und Ge-

fragungen" für die Verhandlungen angegeben. Das hat eben viele Berichtigungen der Tatsachen sind. Das steht auf jeden Fall, daß England Frieden mit Rußland will, d. h. daß die englische Regierung zugibt, daß Rußland ein erbitterter oder gefährlicher Feind Englands ist oder werden könnte. Für diejenigen, die die Einstellungen in England genau beobachtet, steht es außer jeglichem Zweifel, daß auch das englische Publikum im großen und ganzen ein Empfinden für die russische Gefahr hat. Man spöttelt nicht mehr über Veniz und Trotski, man vermeidet es aber, diese Namen zu nennen. Die Vorgänge in Persepolis und Turkistan werden mit Interesse verfolgt. Wohl sollte die englische Regierung offiziell mit dem russischen Heeresbericht über die Bildung einer Sonderregierung in St. Petersburg eine Stellung eingenommen haben, aber welcher einfach denkende Mensch glaubt hieran? Gelt wann ist es die Gewohnheit unserer Regierung, ohne Notwendigkeit eine für die englische Wohl wertvolle Stadt dem Feinde zu überlassen? war der Stabschef eines pessimalen Engländer, mit dem ich die Lage besprach, und der die bolschewistischen Verbrennen aus seinem lebenslangen Herzen heraus zu allen Teufeln wünschte. Die Frage kann man in allem Ernst stellen. Es liegt auf der Hand: die Engländer fürchteten eine große Katastrophe und haben sich ausdrücklich müssen, wie übrigens auch die Moskauer Deutschen angab. Diese Aktion soll, wie verlautet, einen Hintergrund zwischen der englischen Regierung und Krasin geschaffen haben, aber von einem Abreisen der Verhandlungen ist überhaupt nicht die Rede! Dies ist deplorabel.

Man denkt sich den Fall, daß ein anderer Staat, Deutschland z. B., sich eine derartige Handlungswise hätte ausüben lassen, wie es jetzt die Sowjet-Regierung gemacht hat; ganz sicher würde die englische Regierung dies als einen casus belli betrachtet haben. Dies ist jedoch sehr keineswegs der Fall. Eine andere Tatsache, zwar nicht von gleicher Bedeutung, doch immerhin sehr kennzeichnend, liegt vor. In der Krim befindet sich der englische General Wrangel mit einer kleinen Armee, die sich in geradezu trostloser Lage befindet. Die englische Regierung lädt General Wrangel glattweg ins Sitze, und will nicht einmal einen Verlust machen, die beiden Parteien zu einem Waffenstillstand zusammenzubringen. Vor einiger Zeit hat die englische Regierung Wrangel mitgeteilt, sie würde von jeder Verantwortung für ihn und sein Heer Abstand nehmen, falls er zu einer Offensive übergehen sollte. Weil er dies in wahnwitziger Weise doch gemacht hat, verzichtet die englische Regierung auf Einmischung und überlässt den General seinem Schicksal. Als nun mehr diese Frage im Unterhaus zur Sprache kam, lehnte der Speaker die Diskussion über diese Sache ab, weil — man kann — „sie nicht genügend wichtig war“. Wohl hat die englische Presse die summarische Behandlung dieser Frage, die der General bewirkt hat, im Interesse der Humanität sehr wichtig bezeichnete, als „eine unehrliche Nachgiebigkeit“ bezeichnet. Aber von Nachgiebigkeit ist in diesem Falle wohl kaum zu sprechen, wohl aber von Ohnmacht. Ganz freitlich betrachtet die Lage nunmehr ausnahmslos als ernst, gans Thredmedekret rauscht die Sitten in abnützungsvoller Erregung, die noch dadurch erhöht wird, daß die Franzosen jetzt den Versuch machen, in sämtlichen europäischen Großstädten die Geldmittel der Sowjetregierung zu erfasen, was man hier ganz allmählich als einen Vertrauensbruch seitens Frankreich zu betrachten anfängt. Der geistreiche Anatole France lädt in seinem Buche „Vie des Pingouins“ eine verächtliche internationale politische Lage damit anfangen, daß die Minister in einem Lande wiederholte erklären: „Die Beziehungen zu unserem Nachbarstaat sind allerherzigst“. Die Wiederholung dieser Versicherung mache Parlament, Presse und Publikum nerubig und löse einen Weltkrieg aus. Etwas Ähnliches sieht man hier in England; verschleierte Reiterungsversprechen erklären immer aus neuem, daß das Verhältnis zwischen England und Frankreich einfach nicht herzlich gedacht werden kann, was jedoch nicht verhindert, daß das große Publikum in England den schon seit der Unterzeichnung des Vertrags unbedingt vorhandenen Widerstand gegen die französische Politik in sehr geistigem Maße empfindet.

Die Verhandlungen mit Krasin dauern fort; obgleich man das Empfinden hat, daß sie zu keinem endgültigen Ergebnis führen werden, und zwar nicht aus einer ablehnenden Haltung Englands heraus, sondern vielmehr, weil Rußland die englische Weltmacht nicht zu fürchten braucht und deshalb die englischen Gefangenen, die eine hohe Rücksicht für Rußland bilden, nur dann freigeben wird, wenn England sich zu einem auch für Rußland günstigen Vertrag entscheiden kann.

So steht ungelöst die russische Frage, vom englischen Standpunkt aus betrachtet. Die Lage ist jedoch viel zu unsicher, um sichere Schlussfolgerungen zu rechtfertigen.

Eine neue Konferenz mit Krasin.
Neutribüro erfährt, daß eine neue Konferenz zwischen Krasin und den englischen Ministern stattfinden werde, sobald Krasin aus Moskau Antwort auf die beiden bei den ersten Verhandlungen aufgeworfenen Fragen erhalten habe. Auf die Frage der russischen Schul, die als die wichtigste angesehen wird, hat Krasin bisher eine Antwort aus Moskau nicht erhalten.

Schwere Unruhen in Persien.
Nach einer Kurzmeldung aus Teheran seien im Mosul schweren Unruhen ausgebrochen. 6000 Araber hätten die Staatsgebäude angegriffen. Man meldet zahlreiche Tote. Die Verbindungen mit Bagdad seien abgeschnitten. Auf dem Tigris seien englische Schiffe geplündert und die Besatzung gefangen worden.

Äänderungen des türkischen Friedensvertrages?
Nach einer Londoner Meldung des „Tempo“ kursiert schon seit einiger Zeit das Gerücht, daß, um zu verhindern, daß Kleinasien der Anarchie verfällt, der Obersiegerstatut gewisse bedeutende Änderungen der türkischen Friedensvertragsflawen ins Auge fassen könne. Eine Atmosphäre der Beunruhigung schwieg in Konstantinopel zu herrschen, seitdem sich die nationalistischen Streitkräfte von Mustafa Kemal-Pascha nicht nur ganz Kleinasien, sondern auch der ästhetischen Küste des Schwarzen Meeres mit Ausnahme von Izmir, wo sich noch eine britische Garnison halten könnte, bemächtigt haben. Die türkischen Nationalisten hätten sich auch der Insel Marmara bemächtigt, die die Schiffsroute, welche von Gallipoli nach Konstantinopel führt, beherrscht.

Vom „Times“-Bericht aus Konstantinopel haben die türkischen Nationalisten den Waffenstillstand gebrochen und die französischen Vorposten in den Dörfern überfallen. An der Küste des Schwarzen Meeres haben die Nationalisten die Kohlenbergwerke von Ereğli besiegt und von den französischen Verbündeten eine Geldabgabe und Abtretung bestimmter Bergwerke an die nationalistiche Regierung gefordert. Zwischen den zu Hilfe kommenden Franzosen und den nationalisticen Truppen kam es zum Kampf, aber dessen Ausgang noch nicht bekannt ist.

Wie die „Times“ aus Konstantinopel melden, ist den türkischen Nationalisten, die in letzter Zeit unter Munitionsmangel zu leiden hatten, bei der Einnahme von Gallipoli ein großes Depot mit Artilleriemunition in die Hände gefallen, was die Deutschen im Winter 1917 in der Nähe des Tauris errichtet haben. Weder die Engländer noch die 1919 an ihre Stelle getretenen französischen Besatzungstruppen hatten die Munitionswälle zerstört.

Die griechische Regierung hat die vorzeitige Einberufung der Bodenstreitkräfte 1921 angeordnet.

Eröffnung der sächsischen Volkskammer.

W.L. Dresden, 16. Juni.
An der Eröffnung der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Anfrage betr. Novitäten der Gebührenordnung für Umschreibungen der Gebühren der Innern Verwaltung. Ministerialdirektor Schulze erklärt dazu im Namen der Regierung, daß durch die starke Geldentwertung natürlich ein großer Aufschwung von Gebühren entstehe. Die Regierung habe bereits eine neue Gebührenordnung ausarbeiten lassen, die der Volkskammer demnächst zugehen werde. In der Aussichtsrede wird bestont, daß die Gemeinden ihrer Arbeit für den Staat zu leisten hätten. Eine Erhöhung der Entschädigung dafür sei durchaus notwendig. Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß.

Der Antrag Wagner und Gen. auf Erlass eines Gesetzes wegen Entschädigungen der durch das Höhungsamt betriebenen Leistungsbürokratie wird vom Untergouverneur genehmigt. Der Vorsitzende der Volkskammer stellt die Vorlage an den Haushaltsausschuß. Es zu überwählen beantragt. Mit diesem Vorschlag verbunden wird der Antrag der Demokraten wegen Vorlage eines Tumultmischdeutsch-Ratsgebetes. Abg. Günther (Dem.) begründet seinen Antrag. Das Reichstumultmischdeutsch-Ratgebet sei aus einem Kompromiß hervorgegangen und zeige deshalb große Einschränkungen der Entschädigungspolitik des Staates. Es solle die Vorschrift des Gesetzgebers geprüft und nur so viel gewahrt werden, als zum Schutz der Erwerbsfähigkeit des Betroffenen nötig sei. Das sei eine ganz ungünstige Lösung der Entschädigungsfrage. Der Staat müsse einen billigen Ausgleich gewähren. Seine Partei habe nichts unterlassen, um die Regierung anzuregen, gegen Höhungsamt einzuschreiten. Ministerialdirektor Dr. Schulze führt aus, neben dem Reichstumultmischdeutsch-Ratgebet habe ein Hanvestumultmischdeutsch keinen Platz und er müsse daher den vom Abg. Günther gestellten Antrag auf Erlass eines Tumultmischdeutsch-Ratgebetes ablehnen. Auch kritisch bezüglich des Wagner'schen Antrages halte er eine Entschädigung nicht für angängig, da eine Verkleinerung der Höhungsamt durch die Regierung nicht vorhanden sei. Einiges anderes wäre es, wenn den schwergeschädigten Einwohnern des Höhungsamtes auf billige Weise geholfen werden könnte, vielleicht durch einen Staatssatzung. Ohne Anerkennung eines Rechtsantrages sei die Regierung trotz der Not des Staates zu einer derartigen Hilfe bereit. Abg. Günther (Soz.) hält die Volkskammer nicht für kompetent und lehnt weitergehende Anträge als durch die Gesetze begründet für seine Partei ab. Abg. Unterholz (D. Sp.) will nicht weitergehende Unterstützung der Geschädigten. Abg. Hellisch (Soz.) rollt die politische Frage über die Bevölkerung und die vogtländischen Vorgänge auf und meint alle Schuld der Reichswehr zu. Der Höhungsamt sei gegen die Linsvarter unzureichend ausgewertet worden. Einverständnis sei er, wenn dem am meisten Geschädigten eine Unterstützungsrente gegeben werde. Der Staat sei aber keine Sozialversicherung. Die Reichsbehörden hätten mit ihrer Pauschalpolitik die Schäden verurteilt. Nach Erwiderung der Antragsteller Wagner und Günther werden beide Anträge dem Haushaltsausschuß übertragen.

Zum Schluss gelangt der unabhängige Antrag wegen Auflösung der Freiwilligenformationen und betr. den Erlass eines Amnestiegelages.

zu 1. Beratung. Abg. Menke (Unabh.) begründet den Staatsoberhaupt, daß überlegen den Vortrag, daß die Regierung ihr Versprechen vom 16. März nicht erfüllt habe. Die Amnestie wegen politischer Vergehen sei dadurch zur Ausführung gekommen, daß alle Beteiligten Geiseln einschließlich hätten, von denen nur die Hoheitsdelikte ausgenommen worden wären. Die Freiwilligenformationen seien aufgelöst worden. Es besteht nur noch eine Abteilung bestehend aus 12 Mann Reichswehrtruppen. Die Beteiligten Vorsitzende und Exzellenz könne die Regierung nur insofern verbieten, als sie gegen den Friedensvertrag verstossen. Dazu gehören auch die restlose Einziehung der Waffen. Nachdem Justizminister Dr. Hartwig noch einige Ergänzungen zu den Wünschen in der Amnestie vorgenommen und die Abg. Dr. Menke-Güldert (Dem.) und Süßher (D. Sp.) zum Gegenstande gekommen haben, wird der Antrag für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung Donnerstag, nachmittag 1 Uhr. Wahl eines Ausschusses zur Bildungsreform; Eröffnung der Überwachungsausschüsse; Gründung eines Forschungsinstitutes für Lederindustrie; Versorgung der Biegeler mit mehr Kohlen als bisher.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Bur. Abstimmung in Ostpreußen. Wie gemeldet wird, muß jeder Stimmberechtigte Ostpreußen, der bis jetzt noch nicht bei dem Abstimmungsausschüsse seiner Geburtsgemeinde in die Listen der Stimmberechtigten aufgenommen worden ist, bis spätestens den 20. d. J. bei der für ihn zuständigen Kontrollkommission für Volksabstimmung schriftlich oder telegraphisch Eintritt wegen nichterfolgter Eintragung in die Listen erhalten. Die zuständige Kontrollkommission für die Volksabstimmung hat ihren Sitz in der Kreishauptstadt des jeweiligen Kreises, in dem der betreffende Abstimmungsbezirk geboren ist.

Die Kriegsgerichtsverhandlung in Marburg morgen wird auf der Straße Eisenach-Gotha der Volksgerichtsgericht der ehemaligen 22. Division wegen der Volkskümmerei bei Gotha statt. Die Aussagen der Angeklagten zeigen wieder übereinstimmend, daß auf die 15 Gefangenen während der Flucht geschossen worden sei. Um 10 Uhr vormittags wurde der Prozeß beendet. Heute wird die Fortsetzung der Verhandlungen in Marburg statt.

Gegen den Bürger. An die seinerzeit vom Reichsjustizminister Schiffer veranlaßte Einrichtung von Bücherverbrennungen zwecks Widerstand gegen die sozialdemokratischen Freiheitsberater sind große Erwartungen geknüpft worden. Als gerechtfertigt haben sie sich bisher nicht erwiesen. Der Bürger bleibt fort und spottet aller geleglichen Demokratie. Nun hat das bayrische Handelsministerium neuerdings in einem Schreiben an die Reichsregierung Vorlage zu nachdrücklicher Bekämpfung der sozialdemokratischen Verfeuerung gemacht. Wenn das Idiot von Bayern aus, wo die Preisberater immer noch verhältnismäßig milde Formen annehmen, als notwendig erachtet wird, um wieviel mehr verlangen die schwärmenden Verhältnisse in anderen Teilen Deutschlands ein zärräffigeres Vorgehen der berufenen Richterstellen. Bayern fordert weit stärkeren Aufschluß der Bücherverbrennungen durch das ganze Reich im Zusammenhang mit erheblicher Verstärkung der Tätigkeit der zuständigen Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums. Die öffentlich-wirtschaftlichen Aufgaben für Gegenstände des allgemeinen unentbehrlichen Verbandspreise bedingen jährliche Wiederaufstellung namentlich der Verbandspreise auf ihre Erhebung hin. Die vor einiger Zeit erfolgte lege Preisfeststellung für Rohre läßt allerdings eine derartige vorliegende Mitarbeit höchst wünschenswert erscheinen. Als ganz besondere gilt das auch für Düngemittel, deren überaus hoher Preisstand die Landwirte unerbittlich zwingt, Preisschwankungen anzuordnen, bei denen die Winkler eingesetzte Wirtschaftspreise zu unterstellen pflegt. Richtig ist, daß die Reichsbehörden nicht verhandeln haben, die preis-

festenden Dienstleistungen mit abnehmender Schärfe und Spannweite anzupaten. Beim Fall der wechselseitigen Vereinbarungen der allgemeinen Bedarfsorten einzutreten. Man sehe den neuen Reichstag in den Stand, aus entsprechendem geschickter Material ein wundervolles Instrument für diesen nationalen Wohlstandsweg zu bilden.

Nachträgliche Aburteilung. Nach einer Meldung des „S. Z.“ aus Dessau wurden dort drei Kriegerstiefelkinder wegen Niederklaus auf eine Frau in Armentières und ihrer Frau übertragen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Ihre frühere Aburteilung wurde durch den Rückzug und die Revolution verhindert.

Bezeichnung Preußens als Republik. Der Verfassungsausschuss der Preußischen Landesversammlung hat bei der Beratung der einzelnen Paragraphen der Verfassung den § 1, Bezeichnung Preußens als Republik (nicht Freistaat) aufgestellt.

Abwendung des Braunkohlenlagers bei Dresdner. Die Firma Voith in Domborn hat laut „Bergwerkszeitung“ mit den Vorarbeiten zur Ausbeutung des Braunkohlenlagers bei Dresdner begonnen, dessen Umlauf auf etwa eine Million Kubikmeter Braunkohle geschatzt wird. Die Größe Braunkohle beträgt 2,60 bis 3,00 Meter.

Beim Untersuchungsausschuss im Reichswehrministerium sind gegen 881 Offiziere Anklagen erhoben worden. Bis jetzt ist in 807 Fällen entschieden worden. In 97 Fällen ist auf Dienstentlassung und Beurlaubung erkannt, während der Rest durch Vergebung und Niederlassung seine Erledigung fund. Um auch dem Unterpersonal zu verhelfen, ist ein weiteres Releasement für die Reichswehr eingeführt. Es besteht aus vier verschiedenen Kategorien: 1. Untermiete, 2. Untermiete mit einem Offizier und einem Stellvertreter, 3. Untermiete mit einem Offizier und einem Stellvertreter.

Umwandlung der Stadtwerke. Ein Teil der Stadtwerke ist in eine Motorensfabrik umgewandelt worden.

Auf dem Wege von Langenberg — Röderau — Miesa am 18. d. Mts.

1. Wagenplane

ausgeleitet. Beurl? abhanden gekommen. Gegen hohe Belohnung bei Schmiedemeister Thielert in Röderau abzugeben oder sachdienliche Mitteilung dazin zu lassen wird gebeten.

50 Mark Belohnung.

Polnischer Paß auf den Namen Isaak Voglermann verloren. Abzugeben. Zeitbank Nr. 51 m.

Ein Läuferschwein zu verkaufen.

Geschäftshaus mit 2 mittleren Löden in bester Lage der Stadt ist sofort abzufinden zu verkaufen. Selbstläufer will sich melden. u. T. 0 5308 an d. Tel. Miesa.

Geschäftshaus

mit 2 mittleren Löden in bester Lage der Stadt ist sofort abzufinden zu verkaufen. Selbstläufer will sich melden. u. T. 0 5308 an d. Tel. Miesa.

Entenküken,

8—14 Tage alt, kaufen. R. Mendler, Miesa.

Schippchen

zu verkaufen. Bahnhof Stadt Miesa, Pöppig.

Ein Läuferschwein

zu verkaufen. Gaulis Nr. 31.

Goldbüch-Ballon.

1,72 hoch, gutes Reit- und Wagenpferd, zu verkaufen. Bei erft. im Tageblatt Miesa.

Kuh mit Kalb

zu verkaufen. Weißner Str. 6.

Herrernrad,

wie neu, mit besserer Gummireifen, 700 M. gr. Gröba, Strehler Str. 2, 2.

Horrenrad,

unterteilt, mit oder ohne Bereifung, zu laufen, gekauft. Öster. unter T N 5318 an das Tageblatt Miesa.

Einige möblierte Zimmer

in Miesa oder Gröba zu mieten gesucht. Angebote mit Preisangabe an Alt.-Ges. Rauchkammer Aut. Stahl- u. Walzwerk Miesa. Für aut. Mädel. Schlafräume frei. Goethestr. 47, 2.

Wittlerer Laden

in guter Lage, mit Wohnung für einzelne Person, wenn Wohnungsnachfrage möglich sofort zu vermieten. Rudolf Schindler, Albertplatz 7.

Neue W. Hofe u. Stiebel.

Bei erft. im Tageblatt Miesa.

Heimkehr, Nr. 29.

gebr. Herrenschuhe, Nr. 29, geb. Herrenschuhe zu verkaufen Standortstr. 9, p. r.

2. Halbschuh, Nr. 28, getr.

Leiserne Bettstelle, Nr. 28, getr. Hängelampe & Petroleum. 1 Petroleumkocher, 1 groß. Federfisch, 2 Regulatoren, 1 Schuhraum zu verkaufen.

Hauptstr. 65.

Bettstelle mit Matratze (soften), erhält. Damenbett o. Verleihbett. Weißschuhhülle zu verkaufen Schuhstr. 19, 1.

Schreibtisch,

Auktionen, Göta, Nähmaschine, Klebeflasche usw. preiswert zu verkaufen.

Schuhensitz, 25, 1. r.

Preiswert zu verkaufen eine Küchenabfuhr, zwei Küchenabfälle, ein Handtuchhalter, eine Fußbank (alles ungefertigt). Röhren von 7 bis 19 Uhr.

Vorlicher Str. 49, 6.